

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Wagma Bromand

Anschläge kurz vor den Friedensgesprächen mit den Taliban

Bei zwei Selbstmordanschlägen sind in Afghanistan Ende Februar offiziellen Angaben zufolge insgesamt 25 Menschen getötet und mehr als 50 verletzt worden. In Asadabad, der Provinzhauptstadt Kunars, zündete ein Selbstmordattentäter am Morgen des 27. Februar eine Bombe und riss damit viele in den Tod. Ein Sprecher des Provinzgouverneurs ließ verlauten, das Ziel sei Hajji Khan Jan gewesen, der zu einem Aufstand gegen die Taliban aufgerufen habe. Zu dem Anschlag habe sich aber bisher noch niemand bekannt. Am Nachmittag desselben Tages zündete ein weiterer Attentäter eine Bombe in Kabul in der Nähe des afghanischen Verteidigungsministeriums. Zu diesem Anschlag bekannten sich die Taliban. Friedensgespräche mit den radikalislamischen Taliban sollen im März 2016 stattfinden. Das geht aus einer Ende Februar in Kabul veröffentlichten Stellungnahme der neuen Friedensallianz für Afghanistan nach ihrem vierten Treffen hervor. Die Vertreter der Regierungen von Afghanistan, Pakistan, China und den USA luden demnach „alle Taliban und andere Gruppen ein, sich mit ihren autorisierten Repräsentanten an der ersten Runde direkter Friedensgespräche zu beteiligen“. Die Gespräche sollen in Islamabad stattfinden. An einer dauerhaften Friedenslösung für das Land ist auch Deutschland interessiert. Zum einen ist die Bundeswehr noch immer mit mehr als 800 Soldaten an der Nato-Mission am Hindukusch beteiligt. Zum anderen fliehen weiter zehntausende Afghanen vor Krieg und Terror auch nach Deutschland. Hier wurden 2015 mehr als 150.000 Afghanen als Asylbewerber registriert. Sie waren damit die zweitgrößte Gruppe nach den Syrern.

Frau wird mit Peitschenhieben bestraft

Anfang Februar wurde in der Provinz Faryab eine junge Frau wegen ihrer Beziehung zu einem jungen Mann zu mehreren Peitschenhieben verurteilt. Die Taliban, die in einigen Regionen der Provinz viel Einfluss haben, haben das Urteil gefällt und vollzogen. Neben Walmullah Labib bewerten weitere muslimische Kleriker des Landes die Vollstreckung dieses Urteils als unislamisch: Das Fällen und Vollziehen solcher Urteile stehe nur anerkannten öf-

fentlichen Institutionen in Afghanistan zu, wozu die Taliban nicht zählten.

Indischer Premierminister besucht Kabul

Ende Dezember 2015 stattete der indische Premierminister Narendra Modi dem afghanischen Präsidenten überraschend einen Besuch ab. N. Modi wurde von vier Kampf-Helikoptern des Typs MI-25 begleitet, die er der afghanischen Regierung zum Geschenk machte. Die Reparaturen am Salma Staudamm wurden ebenfalls thematisiert. Der Staudamm in der Nähe von Herat wurde 1976 von einer indischen Firma errichtet und während der politischen Unruhen Afghanistans zerstört. Indien hatte 2014 umgerechnet 250 Millionen Euro für die Wiederherstellung des Damms und der hydroelektrischen Anlagen bewilligt. Das Ende der kostspieligen Reparaturen wurde für die nächsten Monate in Aussicht gestellt.

Größte Bibliothek in Baghlan eröffnet

Seit Dezember 2015 hat die größte Bibliothek Baghlans ihre Pforten geöffnet. Für den Anfang finden dort 6600 Bücher Platz, die von Student/-innen der Baghlan Universität ausgeliehen werden können. Mit lokalen Auslagerungen in die abgelegenen Kleinstädte Khenjan und Dushi erhofft man sich den Zugang zu Wissen zu erleichtern als auch geographisch zu erweitern.

„Solidarische Wände“ in Afghanistan

„Nimm es, wenn du es brauchst, oder leg' es wieder weg, wenn nicht.“ Dieser Spruch findet sich auf öffentlichen Wänden Afghanistans, vor denen gebrauchte Kleidungsstücke und Schuhe für Bedürftige abgelegt werden; jede und jeder kann sich etwas davon nehmen. Die erste Wand dieser Art wurde in Mazar-e Scharif an der Blauen Moschee eingerichtet; an der Initiative waren Mitarbeiter/-innen der nahliegenden Balkh-Universität beteiligt. Inspiriert wurden die Beteiligten von ähnlichen Aktionen im Iran. Die „solidarischen Wände“ bieten nach jahrzehntelangem Krieg und der auf ihn folgenden Binnenmigration verarmten Afghan/-innen die Möglichkeit, unbürokratische Hilfe in Anspruch zu nehmen.